

FREIE BAUERN



Herbsttreffen in Brandenburg / Manfred Wercham 1953-2020 / Landesreferentin für Niedersachsen Sara Collmann / Andresen-Kandidatur & Andresen-Stallfotos / Rede von Alfons Wolff am 1. September in Koblenz / Schreiben von Alfons Wolff und Marco Hintze an den Vorsitzenden der Zukunftskommission / Svenja Schulze zündelt am Regenwald / Ackerbaustrategie am Frühstückstisch / Keine übereilte Ausweisung von belasteten Gebieten / FREIE BAUERN und LSV Ostfriesland gegen falsche Phosphorregeln & Demonstration in Hannover / Ungesunde Konzentration durch Tierwohlsteuer / Wieder Schlachten und Tönnies zerlegen / Schutz vor kriminellen Tierrechtlern / Keine Panikmache bei der Afrikanischen Schweinepest / Abschuss von Wölfen zugunsten der Weidehaltung / Enge Grenzen für Freiflächensolaranlagen / Ab jetzt auch auf Facebook, Twitter, Youtube & Co !

FREIE BAUERN Deutschland

Interessenvertretung der bäuerlichen Familienbetriebe
Lennewitzer Dorfstraße 20, 19336 Legde/Quitze OT Lennewitz
Telefon 038791-80200, Telefax 038791-80201
kontakt@freiebauern.de, www.freiebauern.de

Bundesvertretung

Bundessprecher: Alfons Wolff, 06188 Landsberg OT Hohenthurm
Stellvertretender Bundessprecher: Marco Hintze, 14550 Groß Kreutz OT Krielow
Weiteres Mitglied: Peter Guhl, 19273 Teldau OT Vorderhagen
Weiteres Mitglied: Ralf Ehrenberg, 37217 Witzhausen OT Ziegenhagen
Weiteres Mitglied: Georg Straller, 92263 Ebermannsdorf OT Ipfheim

Bundesgeschäftsstelle

Referent für Politik und Medien:
Reinhard Jung, Telefon 038791-80200, reinhard.jung@freiebauern.de
Referentin für Mitgliederservice und Buchhaltung:
Antje Bree, Telefon 0173-6264951, antje.bree@freiebauern.de
Referentin für Fachthemen und Kommunikation:
Frieda Simon, Telefon 0174- 1801177, frieda.simon@freiebauern.de
Landesreferentin für Niedersachsen:
Sara Collmann, Telefon 0172-5352195, sara.collmann@icloud.com

Landesvertretung FREIE BAUERN Brandenburg (Vorstand Bauernbund Brandenburg):

Marco Hintze, 14550 Groß Kreutz OT Krielow
Thomas Kiesel, 16845 Wusterhausen/Dosse OT Barsikow
Ulf Simon, 16845 Dreetz OT Michaelisbruch
Jens Gerloff, 16866 Kyritz OT Ganz
Hans-Jürgen Paulsen, 17291 Nordwestuckermark OT Zollchow
Manfred Wercham, 15324 Letschin OT Wilhelmsaue (t)
Lutz Wercham, 15324 Letschin OT Wilhelmsaue
Dirk Schulze, 15320 Neutrebbin OT Altbarnim
Carlo Horn, 15537 Grünheide OT Kegel
Christoph Schilka, 03096 Guhrow
Marcus Schilka, 03096 Guhrow
Frank Michelchen, 15910 Unterspreewald OT Leibsch
Max Kirsten, 04916 Kremitzau OT Polzen
Reinhard Benke, 14806 Planetal OT Mörs

FREIE BAUERN vor Ort: Herbsttreffen in Brandenburg im Dahme-Spree-Kreis

Liebe Berufskollegen,

bei uns in Brandenburg ist es gute Sitte, dass wir uns nach der Herbstbestellung auf zwei oder mehr von unseren Mitgliedsbetrieben in einer Region treffen und bei gemeinsamen Gesprächen, ohne Politik und Medien, die besonders arbeitsreiche Zeit ausklingen lassen. So auch dieses Jahr im Dahme-Spree-Kreis:

Herbsttreffen des Bauernbundes Brandenburg

am Sonntag, dem 25. Oktober 2020, im Dahme-Spree-Kreis

13.00 Uhr: Landwirtschaftsbetrieb Lühmann, Am Dorfanger 16, 15910 Bersteland OT Reichwalde / 180 ha Acker (Silomais, Roggen, Triticale, Gerste), 70 ha Dauergrünland, 120 Milchkühe mit Nachzucht der Rasse Deutsche Holsteins (Herdbuch), außerdem Direktvermarktung und Lohnarbeiten.

14.00 Uhr: Gemeinsames Kaffeetrinken auf dem Landwirtschaftsbetrieb Lühmann.

15.00 Uhr: Landwirtschaftsbetrieb Michelchen, Leibscher Hauptstraße 8, 15910 Unterspreewald OT Leibsch / 50 ha Acker (Klee gras, Roggen, Hafer), 50 ha Dauergrünland, 50 Mutterkühe mit Nachzucht der Rasse Gelbvieh, außerdem Imkerei und Ferienwohnungen.

16.30 Uhr: Gasthaus "Zum Unterspreewald", Dorfstraße 41, 15910 Schepzig



Vortrag des Historikers Dr. Christian Booß „60 Jahre Zwangskollektivierung – 30 Jahre LPG-Lobbyismus – bäuerliches Eigentum verteidigen“ (als Ersatz für die wegen der damaligen Corona-Beschränkungen abgesagte Veranstaltung zum 25. April 2020).

Kurzreferate über die aktuellen Arbeitsschwerpunkte des Bauernbundes Brandenburg auf Landesebene sowie der FREIEN BAUERN auf Bundesebene, Diskussion.

Gemeinsames Abendessen.

Neben unserer Hauptversammlung im Februar, wo Politik und Medien dabei sind, Blasmusik und große Reden, ist dieses Herbsttreffen ein Höhepunkt unseres Vereinslebens. Der Austausch unter gleich gesinnten Berufskollegen, in gemütlicher Runde, tut gut nach den stressigen Wochen und Monaten davor, jedesmal lernen wir Neues dazu auf den Betrieben, wo wir zu Gast sind, und jedesmal fahren wir gestärkt von einem schönen Tag nach Hause. Wir sind nicht nur eine politische Interessenorganisation, wir sind auch eine große Gemeinschaft von Bauern aus Überzeugung und Leidenschaft!

Die FREIEN BAUERN funktionieren in der bundespolitischen Arbeit schon ganz gut nach einem halben Jahr, davon legt dieser Rundbrief Zeugnis ab. Für die Arbeit auf Landesebene, die in Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen und ein wenig auch in Sachsen-Anhalt schon begonnen hat, besteht noch viel Luft nach oben. Nutzt die Winterszeit, um Euch kennenzulernen und zu organisieren!

Euer Marco

Manfred Wercham 1953 - 2020



Ihn als Urgestein zu bezeichnen, würde dem frühen Verlust nicht gerecht: Manfred Wercham, Vorstandsmitglied des Bauernbundes Brandenburg, wurde nur 67 Jahre alt. Ständiger Wegbegleiter trifft es vielleicht eher: der Bauernbund ohne Manfred, das ist nur schwer vorstellbar, vor allem weil man es sich nicht vorstellen will. Als ich 2004 dazustieß, war er schon lange da. Sein Wort hatte bereits damals Gewicht – und er nahm kein Blatt vor den Mund, sondern brachte die Themen in seiner bodenständigen Art auf den Punkt. Sich in den Vordergrund zu spielen, lag ihm fern, um so zuverlässiger hat er mitgearbeitet, um so beharrlicher für unsere Ziele gekämpft. Auf Manfred konnte man bauen, ihm konnte man zu hundert Prozent vertrauen.

Manfred stammte aus einer seit 1772 im Oderbruch ansässigen Bauernfamilie. Schon zu DDR-Zeiten betrieb der Schlossermeister mit seiner Frau Monika auf dem kleinen Loose-Gehöft in Wilhelmsaue eine ausgedehnte Nebenerwerbslandwirtschaft. Nach beruflichen Stationen Manfreds beim Agrochemischen Zentrum Letschin und in den regionalen Zuckerfabriken starteten die beiden 1994 in den Haupterwerb mit zunächst knapp 100 Hektar Acker. Durch fleißiges Wirtschaften und bescheidenen Lebensstil gelang es der Familie, sich gegen die großen Nachbarn zu behaupten. Nach und nach wuchs der Betrieb auf rund 250 Hektar. Dabei kam es Manfred nie auf Höchsterträge an („Ich arbeite für Geld, nicht für Weizen“) und er hatte seine ganz eigene Kostenminimierungsstrategie („Der Winter ist zum Schrauben da“). Ich erinnere noch, wie wir beim Herbsttreffen 2007 auf seinem Hof staunend vor günstig erstandener Alttechnik und pfiffigen Eigenkonstruktionen standen. Was letztlich eine solide Grundlage dafür schuf, dass sein Sohn Lutz beim Einstieg vor zehn Jahren dann doch gleich einen neuen Fendt Vario fahren durfte. Mit Stolz begleitete Manfred die weitere Entwicklung des Betriebes: selbst wenn Hightech nicht seine Welt war, waren sich beide Generationen einig in einem kompromisslos guten Ackerbau mit vielfältigen Fruchtfolgen und ausgefeilter Bodenbearbeitung.

Dass der Bauernbund im Landkreis Märkisch Oderland mit mehr als 60 Mitgliedern fast die höchste Mitgliederdichte landesweit aufweist, liegt zu großen Teilen an Manfreds Vorbildwirkung und seinem unermüdlichen Engagement für Berufsstand und Heimat. Immer wieder meldete er sich unerschrocken zu Wort – auf Versammlungen und Demonstrationen, gegenüber Politikern und in der Presse – stritt vernehmlich und unbeirrbar für leistungsfähige bäuerliche Familienbetriebe und gegen die Verödung der Dörfer durch Großagrarien und Investoren, für ein lebenswertes Oderbruch und gegen überzogene Naturschutzauflagen, Vernässungsprojekte und die Ausbreitung des Bibers, für eine gesunde Landwirtschaft und gegen Konzernmacht, Gentechnik und CO-Speicherung. Als nach jahrelangem Ringen gegen die Landesregierung der CO₂-Speicher im benachbarten Neutrebbin endlich abgewendet war, legte Manfred nicht die Hände in den Schoß, sondern war einer der wenigen aus dem Oderbruch, die Jahr für Jahr an die hundert Kilometer entfernte Lausitzer Tagebaukante fuhren, um dort den Kampf gegen die Verwüstungen durch Braunkohle fortzusetzen. Auch diese Konsequenz war typisch für ihn. Wenn er von etwas überzeugt war, dann richtig.

Zuallererst war Manfred überzeugter Bauer. Das Arbeiten in Gottes freier Natur mit allen Mühen und Freuden, das war sein Element. Noch in diesem Frühjahr hat er den brandenburgischen Agrarminister Axel Vogel bei Kaffee und Kuchen auf seinem Hof davon zu überzeugen versucht, dass eine extensive Landwirtschaft auf den ertragreichen Ackerböden des Oderbruchs Sünde wäre. Am 15. August, die Ernte des Jahres war weitgehend eingebracht, ist er eingeschlafen und nicht wieder aufgewacht.

Reinhard Jung

Unsere Landesreferentin für Niedersachsen: Sara Collmann aus Wiesmoor

Hallo, ich bin Sara Collmann, 25 Jahre, seit zwei Monaten glücklich verheiratet, und wohne mit meinem Mann und meinem zweijährigen Sohn sowie meinen Eltern auf unserem Milchviehbetrieb in Wiesmoor in Ostfriesland. Nach dem Abi habe ich zuerst eine Ausbildung als Landwirtin und danach meinen Meister gemacht. Wir bewirtschaften 130 Hektar und halten 110 Milchkühe – wenn mein Mann im kommenden Jahr voll bei uns einsteigt, wollen wir den Bestand noch etwas aufstocken.

Wie bin ich dazu gekommen, mich für die Landwirtschaft politisch zu engagieren? Nach der Geburt unseres Sohnes habe ich angefangen, auf Instagram das Hofleben mit Kind zu zeigen. Dies machte mir viel Freude, da ich die Aufklärungsarbeit Richtung Verbraucher für sehr wichtig halte. Als sich dann auch bei uns die Traktoren in Bewegung setzten, wurde ich von unserem jetzigen Vorsitzenden des LSV Ostfriesland angesprochen, ob ich die Social Media für die Gruppe übernehmen könnte. Nach Vereinsgründung, einigen Aktionen und Demonstrationen beschlossen Jens Soeken, Fokko Schumann und ich eine Klage gegen die Düngeverordnung zu starten. Erstmals vorgestellt haben wir die Idee auf der Demonstration in Dessau. Darüber haben wir die FREIEN BAUERN kennengelernt, haben Alfons in Hohenthurm und Reinhard in Lennewitz besucht und festgestellt, dass wir zusammenpassen. Inzwischen sind der komplette Vorstand des LSV Ostfriesland und einige Ostfriesen mehr bei den FREIEN BAUERN Mitglied geworden, gemeinsam arbeiten wir an der Düngeklage (wartet bitte noch ein kleines Weilchen), sind weiter bei uns an der Küste aktiv und wollen die Landesgruppe Niedersachsen der FREIEN BAUERN aufbauen.

Wer noch dabei mitmachen möchte in Niedersachsen, kann sich gerne an mich wenden, Telefon 0172-5352195 oder E-Mail sara.collmann@icloud.com. Warum ich mich engagiere? Ich liebe meinen Beruf, die tägliche Arbeit mit meinen Tieren und das alles gemeinsam mit der Familie. Die Herausforderungen durch Politik und Gesellschaft werden immer heftiger und nur wenn man sich selber einbringt, kann man versuchen, dafür zu sorgen, dass die Landwirtschaft auch weiterhin in Deutschland Bestand haben kann. Aus diesem Grund bin ich sehr froh, gerade bei den FREIEN BAUERN gelandet zu sein, um für unsere Betriebe zu kämpfen. Hof kommt von Hoffnung – und beides gebe ich niemals auf!



FREIE BAUERN zu Andresen-Kandidatur: Wir brauchen unabhängige Vertreter

(04.08.20) Die FREIEN BAUERN, Interessenorganisation der bäuerlichen Familienbetriebe in Deutschland, haben die Bewerbung von Dirk Andresen für ein Bundestagsmandat der CDU begrüßt und zugleich die Erwartung geäußert, dass er damit seine Sprecherfunktion für die Bewegung Land schafft Verbindung (LSV) beendet. „Es ist wichtig, dass sich kompetente Berufskollegen über die Parteien auf allen Ebenen in die Politik einbringen“, sagte FREIE-BAUERN-Politikreferent Reinhard Jung, Landwirt aus dem brandenburgischen Lennewitz. Allerdings müsse bäuerliche Berufsvertretung strikt von Parteiämtern und Parlamentsmandaten getrennt sein, weil sie sonst ihre Unabhängigkeit verliert.

Die Erfahrung zeige, dass die enge personelle Verflechtung zwischen Bauernverband und CDU/CSU für den Berufsstand eher Nachteile als Vorteile gebracht hat. Auch die große Nähe der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) zu den Grünen führe zu unnötigen Rücksichtnahmen, bemängelt Jung: „Genau deshalb haben wir bei den FREIEN BAUERN ausgeschlossen, dass unsere Vertreter gleichzeitig Mandate in der Politik oder Aufsichtsratsposten in der Industrie haben. So können wir unabhängig und glaubwürdig nur für die Interessen unserer Mitglieder eintreten.“

FREIE BAUERN nehmen Sauenhaltung von Andresen in Schutz

(21.08.20) Die FREIEN BAUERN haben die im Nachrichtenmagazin Spiegel erhobenen Vorwürfe der Tierrechtsorganisation Ariwa gegen die Sauenhaltung von LSV-Sprecher Dirk Andresen als haltlos zurückgewiesen. „Wir haben manchmal andere Vorstellungen von Agrarpolitik als Dirk Andresen, aber wir wollen nicht schweigend zusehen, wie ein engagierter Berufskollege durch professionelle Hetze persönlich diffamiert wird“, sagte Reinhard Jung, Politikreferent der FREIEN BAUERN und Biolandwirt aus dem brandenburgischen Lennewitz. „Krankheit und Tod gehören zur Natur. Vergleichbare Bilder gibt es auf jedem Betrieb mit Tierhaltung, auch bei mir.“

Bereits die von den Stalleinbrechern aufgestellte Behauptung, Sauen würden die meiste Zeit ihres Lebens im engen Kastenstand verbringen, sei eine dreiste Lüge, klärt Jung auf: „Im Trächtigkeitszyklus von 150 Tagen verbringen die Sauen grundsätzlich mehr als zwei Drittel der Zeit freilaufend in Gruppen – nur zur Besamung und direkt nach der Geburt werden sie fixiert, auf bäuerlichen Betrieben mit gutem Management in der Regel nicht länger als jeweils zehn Tage“. Auch der zu den Bildern abgegebene Kommentar, kranke, verletzte oder tote Tiere finde man eigentlich in jeder Schweinezucht, sei völlig irreführend, argumentiert der Berufsvertreter: „Genauso könnte man sagen, kranke, verletzte oder tote Menschen finde man in jeder Stadt. Entscheidend ist doch: Wie viele sind es und kümmert sich jemand um sie?“ Über die tatsächlichen Verhältnisse in Andresens Stall sei aber in dem Artikel nichts zu finden. Statt dessen würden verdreckte Nachgeburten zur Schau gestellt. Jung: „Ja, eine Nachgeburt sieht nicht appetitlich aus. Aber es gibt nunmal keine Geburt, ohne dass danach die Plazenta abgestoßen wird. Was wollen uns die kriminellen Fotografen damit sagen?“

Erschrocken zeigten sich die FREIEN BAUERN vor allem über die skandalisierende Form der Veröffentlichung. Jung: „Dass der Spiegel als Flaggschiff des kritischen Journalismus so plump in die Falle von Ariwa tappt, hätte ich nicht für möglich gehalten. Hoffentlich macht diese Form der tendenziösen Berichterstattung keine Schule.“

Die beiden Stellungnahmen zu Dirk Andresen stehen stellvertretend dafür, dass wir mit Spannung die Entwicklung des LSV beobachten. Immer wieder gelingt eine großartige Mobilisierung auf der Straße. Leider gelingt es nicht gleichermaßen, den damit erzeugten Druck in politische Arbeit umzusetzen. Das Hauptproblem ist vielleicht, dass einige noch davon träumen, den DBV von innen heraus verändern zu können und dann „gemeinsam stark“ zu sein. Dazu hat Alfons auf der vom LSV organisierten Demonstration in Koblenz am 1. September



deutliche Worte gefunden: „Wir sind stark – nicht weil wir die Grüne Branche sind oder die Landwirtschaft. Wir sind stark, weil wir Bauern sind.“ Eine Einladung an alle aktiven LSVler, die auch politisch etwas bewegen wollen, sich bei den FREIEN BAUERN zu engagieren.

Rede unseres Bundessprechers Alfons Wolff am 1. September in Koblenz

Liebe Berufskollegen, liebe Bäuerinnen und Bauern! Vor uns tagen die EU-Agrarminister in informeller Runde. Wir wissen, dass Entscheidungen meistens in solchen informellen Runden fallen, zumindest dass Weichen gestellt werden. Unsere Agrarministerin hat ihre EU-Kollegen in ihre schöne Heimat eingeladen. In ein von Gott gesegnetes Land. In ein von Bauern bebautes und gestaltetes Land. Ich hoffe, sie vergisst nicht zu erklären: Das Rhein-Mosel-Tal ist vor allem deshalb so wunderschön, weil hier seit tausend Jahren Bauern und Winzer im Schweiß ihres Angesichts das tägliche Brot erzeugen. Und noch einen guten Wein dazu. Dem Rhein-Mosel-Tal hat eine intensive bäuerliche Landwirtschaft jedenfalls nicht geschadet in den letzten tausend Jahren und dem Rest von Deutschland auch nicht. Das sollte Frau Klöckner und das sollten ihre Kollegen bedenken, wenn sie heute über den Green Deal sprechen und über die nächste Förderperiode der GAP.

Fangen wir mit dem Green Deal an. Obwohl ich mich manchmal an solchen Begriffen reibe. Wir Bauern lieben unsere Höfe und unsere Heimat, wir gehen verantwortungsvoll mit dem Boden und mit den Tieren um, weil sie uns gehören und uns anvertraut sind und weil wir gesunde Betriebe an die nächste Generation weitergeben wollen. Wir dealen nicht mit der Natur. Wir sind green aus tiefstem Herzen und innerster Überzeugung. Aber vielleicht muss in der Politik gedealt werden, und deshalb kommen wir Bauern nicht umhin, mitzudealen. Dann aber bitte auf eine Weise, die dieser unserer innersten Überzeugung entspricht – und zwar nicht nur ein bisschen, sondern vollständig entspricht. Wenn wir als Bauern mit Politikern sprechen, dann sollten wir das ausschließlich als Bauern tun und dabei keine Rücksicht nehmen müssen etwa auf Parteiämter oder auf Aufsichtsratsposten. Das meinen wir mit dem Begriff FREIE BAUERN. Wir wollen eine vollständig unabhängige Interessenvertretung nur für unseren Berufsstand sein. Das hatten wir bisher nicht und das hat uns bitter gefehlt.

Liebe Berufskollegen, was also plant der Green Deal für die Landwirtschaft? 25 Prozent Ökolandbau bis 2030 ist zu hören und gleichzeitig 50 Prozent weniger Pflanzenschutz, 20 Prozent weniger Mineraldünger. Zunächst einmal frage ich mich, was daran überhaupt ein Deal sein soll. Für mich wirkt das zu-

nächst einmal wie ein Plan. Ich wirtschaftete im Bundesland Sachsen-Anhalt, das langjährige Erfahrungen mit Planwirtschaft hat. In einer ersten Reaktion fiel mir deshalb spontan Berthold Brecht ein: „Ja, mach nur einen Plan! Sei nur ein großes Licht! Und mach noch einen zweiten Plan. Gehn tun sie beide nicht.“ Nehmen wir mal optimistisch an, die EU-Agrarminister hätten damit keinen starren Plan formuliert, sondern Ziele. Dann sind wir vielleicht gar nicht so weit auseinander. Seit ich Bauer bin versuche ich, auf meinem Betrieb Pflanzenschutz und Mineraldünger einzusparen. Das mache ich aber nicht an irgendwelchen Ideologien und daraus abgeleiteten Prozentsätzen fest, sondern für mich gilt grundsätzlich: Je mehr Ersparnis, desto besser für die Natur und desto besser für meinen Geldbeutel. Diese Motivation haben wir doch eigentlich alle. Dazu brauchen wir jedenfalls keine europäischen Agrarminister.

Beim Pflanzenschutz sehe ich im Augenblick viel Entwicklung in der mechanischen Unkrautbekämpfung. Ob die größeren Potenziale in der digitalen Präzision liegen oder in der Besinnung auf alte ackerbauliche Tugenden, will ich gar nicht beurteilen. Allerdings finde ich es kontraproduktiv, wenn uns gleichzeitig mit der Beize die sparsamste Form der Dosierung immer weiter eingeschränkt wird. Wir brauchen eine ideologiefreie Herangehensweise, dann kann ich mir vorstellen, dass wir uns beim Pflanzenschutz ein Stück weit auf die Ziele dieses Green Deal zubewegen. Beim Mineraldünger habe ich dagegen meine Zweifel, ob das gelingen wird, denn am Ende benötigt jede Pflanze Nährstoffe, um zu wachsen. Und ich habe noch keine Idee, wo die herkommen sollen, so lange unser Klärschlamm über alle Maßen verreckt ist mit Mikroplastik, Medikamenten und Haushaltschemikalien ... und deshalb größtenteils entsorgt werden muss. Geradezu abenteuerlich mutet schließlich das Ziel einer Ausweitung des Ökolandbaus von derzeit 7 auf 25 Prozent der Fläche an. Wieviele Milliarden wollen die EU-Agrarminister in dieses Projekt pumpen, in einer Situation, wo Öko-Getreide seit anderthalb Jahren zu nahezu konventionellen Preisen gehandelt wird? Und welcher Berufskollege wird so leichtsinnig sein, mit seiner betrieblichen Ausrichtung, das heißt auch mit Investitionen, ausschließlich auf dieses Geld zu setzen und damit komplett am Markt vorbei zu produzieren?

Liebe Berufskollegen, natürlich darf Politik solche Ziele definieren, und wir sind gut beraten, an der politischen Debatte mit der gebotenen Ernsthaftigkeit teilzunehmen, aber eines geht überhaupt nicht: Wenn die Maßnahmen des Green Deal erkennbar nur darauf abzielen, die Produktionskapazitäten unserer Landwirtschaft herunterzufahren und damit Platz zu schaffen für immer mehr billige und minderwertige Agrarimporte aus Übersee – dann ist diese Politik nicht nur unglaublich, dann ist sie ein Verbrechen an Natur und Umwelt und das müssen wir dann auch so deutlich formulieren. Diejenigen, die aus unserer Landwirtschaft eine Gänseblümchenwiese und einen Streichelzoo machen wollen und das als großen Erfolg für Natur und Umwelt feiern und im gleichen Atemzug Freihandelsabkommen durchwinken, mit denen Agrarprodukten aus Übersee der Marktzugang erleichtert wird, sind in Wirklichkeit Brandstifter. Sie zündeln mit Bolsonaro am tropischen Regenwald. Sie treten all ihre großen Ideale von Klimaschutz und Biodiversität mit Füßen in einem Ausmaß, das die von ihnen kritisierte Landwirtschaft niemals erreichen wird. Verlogener geht es nicht!

Deshalb fordern wir FREIEN BAUERN zum Green Deal:

- 1. Für alle Ziele muss es ein Korrektiv geben, und das heißt Selbstversorgungsgrad. Sinkt der Selbstversorgungsgrad, sind die Ziele anzupassen.**
- 2. Die Freihandelsabkommen mit Kanada und den Mercosur-Staaten dürfen nicht ratifiziert werden, auch nicht in einer veränderten Form.**
- 3. Darüber hinaus soll die Einfuhr von Soja und Palmöl aus Übersee in einem ersten Schritt bis 2030 um 75 Prozent gesenkt werden.**

Liebe Berufskollegen, so wird ein Deal draus! Auch wir Bauern können und sollten selbstbewusst Ziele und Prozentzahlen nennen. 75 Prozent weniger Soja aus Übersee bis 2030 – das ist im Gegensatz zu den Green Deal Visionen zu Düngung und Pflanzenschutz keine weltfremde Traumtänzerie, sondern das ist bei entsprechendem politischem Willen ein konkret umsetzbares Ziel. 75 Prozent ist der Anteil von gentechnisch veränderten Soja an der weltweiten Produktion ... dieser Anteil entspricht definitiv nicht unseren Qualitätsstandards. Dass wir ihn reinlassen ist schon jetzt ein Skandal, deshalb muss er in einem ersten Schritt weg und danach reden wir über den Regenwald. Und was meint Ihr, wie positiv sich 75 Prozent weniger Soja aus Übersee und die daraus resultierende Konkurrenzfähigkeit für heimische Eiweißfuttermittel auswirken würde auf unseren Ackerbau, auf unsere Fruchtfolgen und damit letzten Endes auch auf den Bedarf an Pflanzenschutz und Mineraldünger, um den es den heute hier tagenden EU-Agrarministern angeblich geht. Wir brauchen keine Ackerbaustrategie mehr, kein Insektenschutzprogramm, keine Düngeverordnung. Die brauchen wir sowieso nicht, jedenfalls nicht für unsere bäuerlichen Familienbetriebe ... aber das Fass mache ich heute nicht auf, sondern komme zum zweiten Thema, zur GAP.

Liebe Berufskollegen, bei der nächsten Förderperiode der GAP geht es um Geld, das wir Bauern eigentlich gar nicht wollen. Erst geben sie uns das Geld, dann sagen sie uns, was wir damit machen sollen, und wenn wir nicht gehorchen, werden die Daumenschrauben angelegt. Das Spiel kennen wir zu genüge und deshalb haben wir uns auch gegen die Bauernmilliarde ausgesprochen, gegen die Tierwohlsteuer, gegen Dürrehilfen und Wetterversicherungen und all die Wohltaten, die wir dann nicht brauchen würden, wenn der Staat seiner eigentlichen Aufgabe nachkommen würde, nämlich für funktionierende Märkte und faire Rahmenbedingungen zu sorgen.

Andererseits sind 387 Milliarden Euro kein Pappenstil, und wenn wir nicht über die Verteilung dieses Geldes reden würden, würden wir unsere Aufgabe als bäuerliche Interessenvertretung nicht wahrnehmen. Zumal diese Milliarden ein sehr wirksames Mittel sein können, um ortsansässige Landwirte gegen überregionale Investoren zu stärken. 20 Prozent der Fläche Ostdeutschlands werden nach den Ergebnissen einer Studie des Thünen-Instituts von 2017 bereits von Betrieben bewirtschaftet, die solchen Investoren gehören, Tendenz steigend. Und machen wir uns nichts vor: so mancher Wachstumsbetrieb in Westdeutschland besteht auch nur noch deshalb, weil stille Teilhaber von außerhalb der Landwirtschaft die Fassade aufrecht erhalten. Eine schlimme Entwicklung! In dieser Situation wäre es unverantwortlich, die GAP nicht zu nutzen, um den Ausverkauf der Landwirtschaft an überregionale Investoren zu bremsen, um die Spekulation mit Land zu erschweren, um bäuerliche Landwirtschaft zu stärken.

Deshalb fordern wir FREIEN BAUERN zur GAP:

- 1. Kappung der Direktzahlungen.** Die Kommission hat 400 ha vorgeschlagen, wir können mit Blick auf Ostdeutschland gern noch einen Tick höher gehen, aber wir brauchen eine klare Ansage für viele Bauern und für eine breite Streuung des Eigentums.
- 2. Bindung der Direktzahlungen daran, dass die Betriebe ortsansässigen Landwirten gehören.** Wir brauchen eine klare Ansage gegen den Ausverkauf an Investoren.
- 3. Keine Stichtagsregelung:** Es muss jederzeit möglich sein, dass die Betriebe sich anpassen, das heißt, dass sie sich in unterschiedliche Eigentümer aufteilen oder dass die Eigentümer ortsansässig werden.

Liebe Berufskollegen, dieses Konzept wurde vom Bauernbund Brandenburg entwickelt, aus dem die FREIEN BAUERN im März diesen Jahres hervorgegangen sind. Es berücksichtigt die größeren Strukturen in Ostdeutschland, lässt aber kein Schlupfloch für überregionale Investoren. Es ist wirkungsvoll, un-

bürokratisch und rechtlich vertretbar. Deshalb wird es auch vom Bauernverband und Bundeslandwirtschaftsministerium abgelehnt. In diesem Sommer hat der langjährige Präsident des Thüringischen Bauernverbandes seinen 6.000-Hektar-Agrarbetrieb für 40 Millionen Euro an ALDI verkauft. Und unsere Agrarministerin setzt sich heute hier in Koblenz weiterhin dafür ein, dass ALDI für jeden dieser 6.000 Hektar 250 Euro Direktzahlungen erhält. Und das können wir ihr nichtmal vorwerfen ... so lange unser Berufsstand nach wie vor mehrheitlich einem Verband angehört, der zu diesem Thema auf allerhöchster Ebene folgende Meinung hat, Zitat: „Wenn die Landwirtschaft umweltgerecht und bodenschonend erfolgt, wen interessiert es dann, wer der Eigentümer ist?“ So der Vizepräsident des Deutschen Bauernverbandes Wolfgang Vogel. Oder der Präsident des Deutschen Bauernverbandes Joachim Rukwied, der angesichts eines Verlustes von fast 5000 Betrieben pro Jahr nicht von einem „Höfesterben“ sprechen mag. Lieber verwendet er den Begriff „verträglicher Strukturwandel“.

Deshalb ist es nur konsequent, dass die Bauernproteste seit Herbst letzten Jahres unabhängig vom Bauernverband stattgefunden haben. Allerdings ist es für mich nicht nachvollziehbar, warum wir bei der ersten Demonstration am 22. Oktober noch mit einem Aufruf „für unsere bäuerlichen Familienbetriebe“ gestartet sind, aber bereits bei der zweiten Demonstration am 26. November kam der Begriff „bäuerlicher Familienbetrieb“ nicht mehr vor. Ich weiß nicht, wer das veranlasst hat. Ich weiß nur, dass die Parole „Gemeinsam sind wir stark“ noch nichts darüber aussagt, was wir Bauern eigentlich wollen. Genau das aber ist erforderlich, wenn wir den großartig organisierten Druck von der Straße in praktische Politik umsetzen wollen: dass wir präzise Forderungen stellen und gute Begründungen liefern.

Für unser Land, für einen lebendigen ländlichen Raum ist es nicht egal, ob in einem Dorf drei Bauern wirtschaften oder ein Bauer über drei Dörfer. Und es ist nicht egal, ob der Hof dem Bauern gehört oder einem Investmentfonds in Rotterdam. Und weil das eben nicht egal ist, brauchen wir endlich – nicht nur von den Politikern, sondern zuallererst bei uns – ein klares agrarpolitisches Bekenntnis zum bäuerlichen Familienbetrieb!

Wir brauchen es auch noch aus einem anderen Grund: Diese Gesellschaft, mit der wir uns in all den aktuellen Fragen auseinandersetzen müssen, wird Landwirtschaft in ihrer Komplexität sowieso nicht verstehen. Aber wir Bauern müssen Vertrauen zurückgewinnen. Das können wir schlecht zusammen mit Agrarmanagern aus anonymen Großstrukturen. Vertrauen zurückgewinnen können wir am besten mit unseren bäuerlichen Familienbetrieben, die sorgsam mit Boden und Tieren umgehen, ganz einfach weil die nächste Generation schon in Gummistiefeln hinter uns steht. Ein neues Vertrauen wird diese landwirtschaftsferne Gesellschaft niemals zur Landwirtschaft allgemein fassen. Aber wir Bauern, die wir mit eigener Hände Arbeit in eigener Verantwortung unsere eigenen Höfe bewirtschaften, wir verdienen dieses Vertrauen ... und wir haben die Chance, es uns zurückholen!

Liebe Berufskollegen, deshalb wünsche ich mir diese Demonstration nicht nur als ein Signal an die EU-Agrarminister, sondern ebenso als ein Signal nach innen, in den Berufsstand selber. Wir sind stark – nicht weil wir die Grüne Branche sind oder die Landwirtschaft. Wir sind stark, weil wir Bauern sind. Wir sind Eigentümer, die selbständig arbeiten. Die selbst und ständig arbeiten. Deshalb lieben wir die Landwirtschaft. Deshalb geben wir unsere Höfe nicht auf. Deshalb gehen wir weiter auf die Straße. Für unsere bäuerlichen Familienbetriebe! Für die Zukunft unserer Kinder! Dafür, dass wir nicht die letzten Bauern im Dorf sind! Für eine Berufsvertretung, die unabhängig ist von Parteiämtern und Aufsichtsratsposten! Für einen geachteten Bauernstand in einer freien und gerechten Gesellschaft! Willkommen bei den FREIEN BAUERN!

Schreiben von Alfons Wolff und Marco Hintze an den Vorsitzenden der Zukunftskommission Landwirtschaft

Sehr geehrter Herr Professor Strohschneider, für Ihre Aufgabe als Vorsitzender der Zukunftskommission Landwirtschaft wünschen wir Ihnen Glück und Erfolg. Ob die Bundesregierung bei der Zusammensetzung der Zukunftskommission eine glückliche Hand bewiesen hat, möchten wir bezweifeln. Sie werden feststellen, dass die Organisatoren der Proteste mit einer Person vertreten sind, während der Deutsche Bauernverband, an dem vorbei sich die Proteste Bahn gebrochen haben, über seine Mitgliedsverbände mit acht Personen vertreten ist. Sie müssen also davon ausgehen, dass der bauerliche Berufsstand in dieser Zukunftskommission nur eine sehr dürftige Stimme haben wird. Umso mehr ist es uns ein Anliegen, Ihnen die Interessen der deutschen Bäuerinnen und Bauern nahezubringen. Dem grundsätzlichen Ansatz des Vorhabens entsprechend haben wir Ihnen fünf Thesen aufgestellt, die wir als Berufsorganisation der bauerlichen Familienbetriebe hiermit in die Diskussion einbringen:



1. Der bauerliche Familienbetrieb ist die ökonomisch leistungsfähigste und ökologisch nachhaltigste Agrarstruktur – durch seine Verbindung aus Eigentum und Arbeit, Privatinitiative und Generationenverantwortung, und durch seinen selbstverständlichen Beitrag für lebendige ländliche Räume.
2. Je höher die administrativen, technischen und finanziellen Anforderungen für Landwirtschaft geschraubt werden, desto weniger Menschen können sie als selbständige Unternehmer betreiben. Deshalb brauchen wir vor allem eine umfassende Deregulierung, und zwar zugunsten der bauerlichen Familienbetriebe.
3. Darüber hinaus brauchen wir staatliche Eingriffe dort, wo Wettbewerb behindert wird, etwa durch Einfuhren aus Ländern mit niedrigeren sozialen und ökologischen Standards oder durch monopolartige Strukturen bei unseren Marktpartnern. Politik muss Rahmenbedingungen für funktionierende Märkte schaffen.
4. Und schließlich brauchen wir mehr Verständnis für globale Zusammenhänge. Für jeden Hektar, der hier der Landwirtschaft entzogen wird, fällt ein Hektar Regenwald. Natur schützt man nicht durch Flächenstilllegung, sondern durch einen engen Biotopverbund in einer intensiv genutzten Agrarlandschaft.
5. Die Zukunft der deutschen Landwirtschaft sind wir. So lange wir trotz Preisdruck, Überregulierung und ideologischer Verunglimpfung weiter säen und ernten, mästen und melken, haben wir die Hoffnung noch nicht aufgegeben, dass der Bauernstand zu seinem Recht und diese Gesellschaft zur Vernunft kommt.

Wir sind davon überzeugt, dass wir mit diesen Thesen die wesentlichen Überzeugungen der deutschen Bäuerinnen und Bauern grundsätzlicher und deutlicher zusammengefasst haben, als das Verbänden möglich ist, die auf vielfältige Weise mit parteipolitischen Interessen und ökonomischen Interessen der gesamten Branche verwoben sind. Unsere Stärke ist die Unabhängigkeit. Wir vertreten ausschließlich Bäuerinnen und Bauern. Wenn deren Meinung Sie interessiert, freuen wir uns auf den Dialog mit Ihnen.

Schwerpunkt nicht dieses Rundbriefs, aber unserer Lobbyarbeit in den vergangenen Monaten war die Fortführung der GAP. Bei einem Gespräch mit dem Parlamentarischen Staatssekretär im Bundeslandwirtschaftsministerium Uwe Feiler haben Alfons Wolff und Marco Hintze unseren Vorschlag zu Kappung und Ortsansässigkeit ausführlich erörtert. Bei einer Anhörung der Verbände in Form eines E-Seminars hat Reinhard Jung darauf gedrungen, die GAP als einziges wirkungsvolles politisches Instrument so auszugestalten, dass der Ausverkauf der Landwirtschaft an überregionale Investoren zumindest abgebremst wird. In der Fernsehsendung Terra Xpress der ARD haben unsere Mitglieder Hans-Ulrich und Joachim Toppel aus dem brandenburgischen Sarnow ihre Situation vor Ort geschildert und politische Gegenwehr gegen den Ausverkauf verlangt. In unserer Argumentation mit CDU-Abgeordneten betonen wir immer wieder, dass die agrarstrukturelle Ausrichtung der GAP zugunsten der bäuerlichen Familienbetriebe eine der wenigen Chancen für Julia Klöckner ist, in der Landwirtschaft verloren gegangenes Vertrauen zurück zu gewinnen, siehe nachfolgende Pressemitteilungen zur desaströsen Politik der Bundesregierung.

FREIE BAUERN klagen an: Svenja Schulze zündelt am Regenwald

(17.08.20) Die FREIEN BAUERN haben die Ergebnisse zweier vom Bundesumweltministerium in Auftrag gegebener Studien zur Biodiversität in der Agrarlandschaft als „gefährliches Spiel mit dem Feuer“ bezeichnet. „Die Forscher schlagen vor, mindestens zehn Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche stillzulegen, das entspricht bundesweit rund 18.500 Quadratkilometern“, rechnet Bundessprecher Alfons Wolff vor: „Zeitgleich fielen in Brasilien allein im vergangenen Jahr mehr als 9.000 Quadratkilometer tropischer Regenwald geduldeter Brandrodung zum Opfer, auf der gewonnenen Fläche wird Soja und Rindfleisch für den Export produziert. Langsam frage ich mich, ob Schulze 1 und 1 zusammenzählen kann.“

Svenja Schulze mache sich damit zur Komplizin von Bolsonaro, kritisiert Wolff: „Wer die landwirtschaftliche Produktion auf dem natürlichen Gunststandort Deutschland durch Stilllegung immer weiter verringern will, während der Verbrauch gleich bleibt, zündelt indirekt am Regenwald. Von irgendwoher müssen die Lebensmittel schließlich kommen.“ Wenn wissenschaftliche Studien ergeben, dass ohne Bewirtschaftung mehr unberührte Natur entstehe, sei das an Sinnlosigkeit fast nicht zu überbieten, sagt der 60jährige Ackerbauer aus Hohenthurm. Verantwortliche Umweltpolitik brauche vielmehr eine Antwort darauf, wie Naturschutz mit der Ernährung von 80 Millionen Menschen in Einklang zu bringen sei.

Die FREIEN BAUERN fordern deshalb eine Abkehr von der gegenwärtigen auf bloßen Flächengewinn angelegten Naturschutzpolitik. Wolff: „Wir brauchen keine Großschutzgebiete, sondern ein Biotopverbundsystem in einer weiterhin intensiv genutzten Agrarlandschaft. Mehr Hecken und Baumreihen verbrauchen kaum Fläche und wären in vielen Regionen Deutschlands ein Gewinn, auch aus landwirtschaftlicher Sicht.“ Die von Schulze betriebene Verlagerung von Landwirtschaft ins Ausland hingegen diene lediglich den Exportinteressen der Industrie. Die globalen ökologischen Auswirkungen dieser Strategie sind am Amazonas inzwischen unübersehbar – verbrannte Erde!

FREIE BAUERN plädieren für Ackerbaustrategie am Frühstückstisch

(27.07.20) Die FREIEN BAUERN haben einen Tag vor Ablauf des Beteiligungsverfahrens zur von der Bundesregierung vorgelegten Ackerbaustrategie 2035 für eine pragmatische Herangehensweise plädiert. „Meine Ackerbaustrategie entsteht am Frühstückstisch, wenn ich Zeitung gelesen und Kaffee getrunken habe und aus dem Fenster schaue“, sagte Ralf Ehrenberg von der Bundesvertretung der

FREIEN BAUERN, der im hessischen Ziegenhagen auf 230 Hektar Weizen, Gerste, Dinkel, Raps und Zuckerrüben anbaut. Landwirtschaftsministerin Julia Klöckner sei gut beraten, wenn sie sich bei ihren Überlegungen weniger auf wissenschaftliche Reduktionsziele, Modellrechnungen und Nachhaltigkeitsindikatoren verlasse, sondern vielmehr auf diejenigen, die täglich bei Wind und Wetter mit Boden und Pflanzen arbeiten, so der 49jährige Landwirt: „Der wichtigste strategische Ansatz sollte die Entscheidungsfreiheit des Ackerbauern sein, wir brauchen eine umfassende Deregulierung der Vorschriften!“

Aus ackerbaulicher Sicht sei ein dreiwöchiges Beteiligungsverfahren im Erntemonat Juli etwas unglücklich gewählt, bedauert Ehrenberg und stellt eine Stellungnahme der FREIEN BAUERN für den Herbst in Aussicht: „Einige Hinweise können wir allerdings heute schon geben. Frau Klöckner sollte die Digitalisierung nicht überschätzen – diese bringt höheren Bedienungskomfort, ändert aber kaum etwas an der Produktion als solcher. Und sie sollte sich die neue Gentechnik aus dem Kopf schlagen, durch die unsere Betriebe über Patente in Abhängigkeit von der Industrie geraten würden.“

Eine extrem einfache und sofort umsetzbare politische Maßnahme, um die ökologische und ökonomische Effizienz des Ackerbaus in Deutschland zu verbessern, sei zudem der von den FREIEN BAUERN seit langem geforderte Einfuhrstopp für billiges Soja aus Übersee, ergänzt Ehrenberg: „Wenn wir auf unseren Äckern wieder mehr Eiweißfutterpflanzen anbauen, schlicht weil es wieder eine Nachfrage danach gibt, würden sich viele zur Zeit diskutierte Probleme des Ackerbaus ganz ohne Strategie von alleine lösen.“

Ob unsere Hinweise wohl zur Ministerin durchdringen? (Foto: BMEL)



FREIE BAUERN warnen vor übereilter Ausweisung von belasteten Gebieten

(14.07.20) Die FREIEN BAUERN haben den Entwurf der Bundesregierung für das künftige Verfahren zur Ausweisung belasteter Gebiete nach Düngeverordnung grundsätzlich begrüßt, aber vor übereilten Festlegungen gewarnt. „Dass die Dünge-Einschränkungen nur noch auf Flächen gelten sollen, wo tatsächlich durch die Landwirtschaft verursachte Nitratbelastungen nachgewiesen wurden, und hierfür ein deutlich erweitertes und technisch funktionierendes Messnetz aufgebaut werden soll, findet unsere volle Unterstützung“, sagte Georg Straller, Mitglied der Bundesvertretung der FREIEN BAUERN. Bis diese professionelle Grundwasserbeobachtung allerdings installiert und das bestehende, teilweise fehlerhafte System daran angepasst sei dürften den Landwirten keine Nachteile entstehen, so der 56jährige Schweinemäster aus dem bayerischen Ipfelheim: „Eine seriöse Ausweisung belasteter Gebiete kann daher frühestens im Jahr 2022 erfolgen.“

In einer Stellungnahme an das Bundeslandwirtschaftsministerium haben die FREIEN BAUERN den Entwurf umfangreich kommentiert und eine Reihe konkreter Verbesserungsvorschläge gemacht. „Nach wie vor sind wir der Meinung, dass die Düngeverordnung 2020 fachlich sinnlos und rechtlich unhaltbar ist“, so Straller. Dennoch würde sich seine Organisation konstruktiv in das neue Verfahren einbringen, weil es in seiner Zielrichtung über diese Düngeverordnung hinaus weise, argumentiert der Bauernvertreter: „Erstmals geht es dabei wirklich um den Schutz des Grundwassers und nicht nur darum, uns Bauern in der Produktion zu bevormunden. Auf dieser Basis sind Ergebnisse möglich.“



FREIE BAUERN widersprechen pauschaler Verantwortung der Landwirtschaft für Phosphorbelastungen

(10.08.20) Die FREIEN BAUERN bezweifeln, dass der Entwurf für eine Verwaltungsvorschrift zur Ausweisung belasteter Gebiete bereits auf der Sitzung des Bundeskabinetts am Mittwoch verabschiedet werden

kann. „Nach Rücksprache mit verschiedenen Ministerien der Länder halten wir den gesamten Abschnitt zur Eutrophierung für unausgegoren und zudem im Kontext der Düngeverordnung für überflüssig“, sagte der Landessprecher der FREIEN BAUERN Niedersachsen Fokko Schumann. Die darin schematisch vorgegebene Einstufung von Oberflächengewässern und deren Einzugsgebieten als mit Phosphat belastet hätte nichts mit der immer wieder als eilbedürftig vorgeschobenen Umsetzung der EU-Nitratrichtlinie zu tun, so der 38jährige Nebenerwerbslandwirt aus dem ostfriesischen Berumbur: „Wir verstehen nicht, warum nach den eklatanten Fehlern beim Grundwassermonitoring hier ein neues Fass aufgemacht wird und erneut eine pauschale Schuldzuweisung an die Landwirtschaft erfolgt.“

Konkret bemängelt Schumann am Entwurf für die Verwaltungsvorschrift, dass die angesetzten Grenzwerte nicht einheitlich und im norddeutschen Tiefland besonders niedrig angesetzt sind: „Ein wissenschaftlich begründetes System können wir darin nicht erkennen, zumal die Werte dem Oberflächenwasser entnommen werden sollen, das im norddeutschen Tiefland aufgrund Fließrichtung Nord- und Ostsee natürlich auch Nährstofffrachten aus den Mittelgebirgen enthält.“ Daraus folge, dass es in den bereits aufgrund der natürlichen Gegebenheiten nährstoffreicheren Gewässern Norddeutschlands schnell zu einer entsprechenden Einstufung kommen kann – mit ungewissen Folgen für die Landwirtschaft.

Beim Thema Phosphat sehen die FREIEN BAUERN vor allem großen Forschungsbedarf. Während der Nährstoff in der Landwirtschaft als wertvoller Dünger direkt an der Pflanze platziert wird, fallen in menschlichen Siedlungen über Fäkalien, Wasch- und Spülmittel große Mengen phosphathaltiger Abfälle an. „Bevor jetzt über weitere Einschränkungen diskutiert wird, sollte erst einmal der Frage nachgegangen werden, wie sich Phosphat aus landwirtschaftlichen Quellen im Boden und im Wasser verhält bzw. in welchem Umfang tatsächlich landwirtschaftliche Einträge vorliegen“, wünscht sich Schumann und verweist darauf, dass es heute mit den Mitteln moderner Umweltforensik möglich sei, selbst in Fließgewässern die Herkunft von Phosphaten nachzuweisen.

FREIE BAUERN und LSV Ostfriesland gegen falsche Phosphor-Regeln

(08.09.20) Die FREIEN BAUERN, Interessenorganisation der bäuerlichen Familienbetriebe in Deutschland, und die regionale Bauernbewegung LSV Ostfriesland haben gemeinsam an die Vertreter der Länder im Bundesrat appelliert, den umstrittenen Abschnitt 3 der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zur Düngeverordnung ersatzlos zu streichen. Ein entsprechendes Schreiben wurde den Landesregierungen

heute zugeleitet. „Bei diesem Abschnitt geht es nicht um die vom Europäischen Gerichtshof angemahnte Umsetzung der Nitratrichtlinie, sondern es geht um den bislang noch überhaupt nicht erforschten Nährstoff Phosphor in Oberflächengewässern“, kritisiert Fokko Schumann, Landessprecher der FREIEN BAUERN Niedersachsen das Verfahren: „Wieder einmal hat das Bundesumweltministerium eine wissenschaftlich haltlose Regelung in den Verordnungstext gemogelt, um die heimische Erzeugung weiter zu senken, wieder hat das Bundeslandwirtschaftsministerium diese brav abgenickt. Wir appellieren an die Länder, dieses verantwortungslose Spiel nicht mitzuspielen.“

FREIE BAUERN und LSV Ostfriesland wollen Verwaltungsvorschrift zur Düngeverordnung im Bundesrat stoppen

(15.09.20) Rund 300 niedersächsische Bauern haben heute vor dem Landtag in Hannover gegen die von der Bundesregierung geplante Ausweisung angeblich mit Phosphat belasteter Gebiete demonstriert. „Die Verwaltungsvorschrift zur Düngeverordnung darf nicht am Freitag im Bundesrat beschlossen werden – unsere Landesregierung muss alles tun, um diesen staatlichen Willkürakt gegen den bäuerlichen Berufsstand zu verhindern“, forderte Fokko Schumann, Landessprecher der FREIEN BAUERN Niedersachsen, die die Kundgebung gemeinsam mit dem LSV (Land schafft Verbindung) organisiert hatten. Dabei lehnen die Bauern die Vorschrift nicht grundsätzlich ab. „Bei Nitrat ist das Bemühen erkennbar, belastete Gebiete genauer einzugrenzen und die Verursacher der Belastungen zu identifizieren“, sagte LSV-Landessprecher Dirk Koslowski zu dem Entwurf: „Um so unverständlicher, dass die Bundesregierung mit Phosphat einen zusätzlichen Nährstoff aufgenommen hat, für dessen Vorkommen in der Natur wieder nur wir Landwirte verantwortlich sein sollen.“

„Für die Phosphat-Kulisse gibt es weder rechtliche Gründe in Form einer EU-Richtlinie noch fachliche Gründe, denn die Landwirtschaft ist hier definitiv nicht der Verursacher von Belastungen“, argumentierte Jens Soeken vom LSV Ostfriesland. Durch die Regelungen würde Tierhaltung in weiten Teilen Niedersachsens gefährdet, wenn nicht sogar unmöglich gemacht – deshalb müsse Hannover im Bundesrat eine Streichung des umstrittenen Abschnittes der Verwaltungsvorschrift durchsetzen. Zum Widerstand gegen die pauschale Verurteilung des bäuerlichen Berufsstandes rief auch Peter Habbena, niedersächsischer Landessprecher des BDM (Bundesverband deutscher Milchviehhalter) auf: „Wir Bauern wollen zusammenhalten angesichts von falschen Anschuldigungen und sinnlosen bürokratischen Auflagen und wir wollen zugleich offen sein gegenüber allen, die sich ehrlich für eine gesunde Umwelt und eine regionale Erzeugung von Lebensmitteln einsetzen.“

Landwirtschaftsministerin Barbara Otte-Kinast und Umweltminister Olaf Lies sowie Landtagsabgeordnete aus verschiedenen Fraktionen ergriffen auf der Kundgebung das Wort und versicherten den Bauern, dass ihr Anliegen ernst genommen werde, machten allerdings keine konkreten Zusagen. In den kommenden Tagen noch vor der Bundesrats-sitzung soll die Forderung der Bauern in internen Gesprächen intensiv erörtert werden.

Unser Mitglied Jens Soeken spricht in Hannover



FREIE BAUERN befürchten ungesunde Konzentration durch Tierwohlsteuer

(30.06.20) Die FREIEN BAUERN haben mit Unverständnis auf die Ankündigung von Bundeslandwirtschaftsministerin Julia Klöckner reagiert, sich angesichts skandalöser Arbeitsbedingungen in großen Schlachtunternehmen jetzt doch für die von der Borchert-Kommission vorgeschlagene Tierwohlsteuer einsetzen zu wollen. „Das eine hat mit dem anderen rein gar nichts zu tun“, wundert sich Alfons Wolff, Bundessprecher der FREIEN BAUERN: „Mit einer Ausnahme vielleicht – die Steuer und damit verbundene Tierwohl-Auflagen für unsere bäuerlichen Betriebe würden in der Tierhaltung zu einer genauso ungesunden Konzentration führen, wie wir sie in der Schlachtbranche heute beklagen.“

Die Bedeutung zertifizierter technischer Haltungssysteme für das tatsächliche Wohlbefinden von Nutztieren werde überschätzt, ist sich Wolff sicher und erinnert an die alte Volksweisheit „Das Auge des Herrn mästet das Vieh.“ Die beste Tierhaltung sei regelmäßig da zu finden, wo sich die Bauernfamilie selbst um ihre eigenen Tiere kümmert, so der 59jährige Landwirt aus Hohenthurm in Sachsen-Anhalt: „Eine echte Initiative für Tierwohl müsste deshalb die in Deutschland noch weit überwiegenden bäuerlichen Familienbetriebe gegen anonyme Agrarkonzerne stärken, etwa durch Kappung der EU-Agrarsubventionen. „Die geplante Steuer hingegen, verbunden mit verpflichtenden Investitionen in technische Standards, hätte genau die gegenteilige Wirkung, nämlich dass Großinvestoren die Mittel abgreifen und Bauern frustriert aufgeben.“

Damit auch die kleinen und mittleren Betriebe kontinuierlich ihre Tierhaltung weiterentwickeln, müssten die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen stimmen, argumentieren die FREIEN BAUERN. „Frau Klöckner könnte zum Beispiel Billigimporte aus Übersee einschränken und kartellrechtlich gegen die Marktmacht von Tönnies, Vion und Westfleisch vorgehen, die zusammen bereits mehr als die Hälfte aller Schweine in Deutschland schlachten“, schlägt Wolff vor. Dann würde Geld für Tierwohl am Markt verdient und nicht vom Staat über eine neue überflüssige Steuer verteilt.

FREIE BAUERN wollen schlachten – und Tönnies zerlegen

(12.07.20) Die FREIEN BAUERN haben die umgehende Wiederaufnahme des Schlachtbetriebs am Schlachthof Tönnies in Rheda-Wiedenbrück gefordert. „Durch die staatlich angeordnete Schließung eines der größten deutschen Schlachthöfe stauen sich auf unseren Betrieben die Schweine mit der Folge eines dramatischen Preisverfalls“, kritisiert Peter Guhl, Mitglied der Bundesvertretung der FREIEN BAUERN. Die Tiere müssten länger gefüttert werden, neue Ferkel könnten nicht aufgestellt werden. Die für die Corona-Zwangmaßnahmen verantwortliche Bundesregierung müsse den Schweinehaltern deshalb die kompletten Mindererlöse gegenüber dem Vorjahr erstatten, fordert der 55jährige Landwirt aus Vorderhagen in Mecklenburg-Vorpommern.

Für absolut kontraproduktiv halten die FREIEN BAUERN die von den Behörden verlangten zusätzlichen Auflagen in Rheda-Wiedenbrück. „Unser Problem ist nicht Corona oder die angeblich mangelnde Hygiene bei Tönnies, unser Problem ist, dass in den letzten Jahrzehnten mit genau solchen übertriebenen Hygiene-Auflagen ein mittelständischer Schlachtbetrieb nach dem anderen zur Aufgabe gezwungen wurde“, beklagt Guhl. Wenn jetzt an einem der modernsten Schlachthöfe Europas umfangreiche technische Nachrüstungen angeordnet würden, gehe das nur vordergründig zulasten des milliarden schweren Konzerns, so der Bauernvertreter: „Am Ende kauft Tönnies die kleinen Schlachthöfe, die diese Anforderungen nicht werden erfüllen können, und baut seine Monopolstellung weiter aus.“

Die beherrschende Marktmacht weniger Konzerne ist nach Auffassung der FREIEN BAUERN der eigentliche Grund für die ausbeuterischen Arbeitsverhältnisse in der Fleischbranche, für den Preisdruck gegen die landwirtschaftlichen Betriebe und für die Krisenanfälligkeit des ganzen Systems. Guhl: „Wir brauchen kein Hygienekonzept von Tönnies, sondern wir brauchen ein Konzept zur Wiederherstellung eines funktionierenden Wettbewerbs von der Bundesregierung.“

FREIE BAUERN verlangen Schutz vor kriminellen Tierrechtlern

(12.09.20) Die FREIEN BAUERN, haben den nordrhein-westfälischen Innenminister Herbert Reul aufgefordert, die Bauernhöfe im Bereich Hambacher Forst vor kriminellen Aktivisten zu schützen, die dort Ende September ein internationales Treffen für Tierbefreiung abhalten wollen. „Unsere Mitglieder vor Ort haben Angst vor diesen verwirrten Gestalten, die Menschen als so wörtlich andere Tierart sehen und einen Kampf für die totale Befreiung ankündigen“, sagte der Landessprecher der FREIEN BAUERN Nordrhein-Westfalen Karl-Heinz Krebs: „Wir erwarten angesichts dieser konkreten Bedrohung, dass die Polizei unser Eigentum schützt und damit auch unsere Nutztiere, die außerhalb der Ställe überhaupt nicht überleben könnten, schon weil sie von sich aus gar kein Futter finden würden.“

Die Erhaltung des Hambacher Forstes wertet Krebs als großen Erfolg und verweist darauf, dass die FREIEN BAUERN aus einer Ausdehnung des Bauernbundes Brandenburg entstanden sind, der sich jahrelang mit der Umweltbewegung gegen neue Braunkohle-Tagebaue in der Lausitz engagiert hat. Jetzt wünscht sich der 48jährige Mutterkuhhalter aus Heinsberg von BUND, Fridays for future und Ende Gelände Rückendeckung für die betroffenen Bauernfamilien: „Es kann nicht angehen, dass das gute Ziel einer Energieversorgung ohne Braunkohle von Extremisten missbraucht wird, die Verbrechen gegen die heimische Bevölkerung planen. Hier muss es eine eindeutige Distanzierung geben.“

FREIE BAUERN gegen Panikmache bei Afrikanischer Schweinepest

(10.09.20) Die FREIEN BAUERN Brandenburg (Bauernbund Brandenburg) haben angesichts des amtlich bestätigten ASP-Verdachtsfalls bei einem Wildschwein im Landkreis Spree-Neiße zu Besonnenheit im Umgang mit der Seuche gemahnt. „Ein Wildschwein ist kein Hausschwein“, sagte Vorstandsmitglied Thomas Kiesel, Ackerbauer aus Barsikow im Ruppiner Land: „Unsere Hausschweine-Bestände werden zu 99 Prozent in gut geschützten Ställen gehalten, und selbst wenn der Virus durch Unachtsamkeit eingeschleppt würde, kann er mit den normalen Methoden der Seuchenbekämpfung wirksam eingedämmt werden.“ Sinnvoll sei jetzt, den Jagddruck auf Wildschweine in der betroffenen Region massiv zu erhöhen. Für überzogen hält Kiesel dagegen Überlegungen, im Umkreis des Wildschweinfundes Ackerfrüchte nicht mehr zu ernten und zu vernichten: „Das hieße, das Kind mit dem Bade auszuschütten. Alle Maßnahmen sollten darauf ausgerichtet sein, den volkswirtschaftlichen Schaden gering zu halten.“

Aus Sicht der FREIEN BAUERN sollte vor allem die derzeit durch angebliche Gesundheitsrisiken verängstigte Bevölkerung darüber aufgeklärt werden, dass ASP für den Menschen völlig ungefährlich ist und Schweinefleisch daher weiterhin unbedenklich verzehrt werden kann.



Zum Redaktionsschluss dieses Rundbrief war vieles im Fluss: Unser Appell, die volkswirtschaftlichen Schäden gering zu halten, verhallte ungehört, natürlich hat die selbstherrlich und weltvergessen agierende Veterinärbürokratie einen 15-Kilometer-Radius um das tote Wildschwein gezogen und darin alle jagdlichen und landwirtschaftlichen Aktivitäten verboten. Berufsverbot auf 35.000 Hektar für nichts und wieder nichts. Daraufhin haben wir in aller Schärfe beim Landwirtschaftsminister interveniert und Gehör gefunden – zur Zeit sieht es danach aus, als würde das Verbot unter Gesichtswahrung für die Amtstierärzte innerhalb von zwei Wochen sukzessive aufgehoben. Unseren Mitgliedern in der Region haben wir geraten, mit Hilfe von Sachverständigen die Schäden zu dokumentieren und die großzügig angekündigte Entschädigung auch tatsächlich einzufordern. Auch bis zur Bundesratsentscheidung über die Allgemeine Verwaltungsvorschrift konnte der Rundbrief nicht mehr warten – letzter Stand ist, dass Brandenburg dagegen stimmen wird und Niedersachsen immerhin auf der Kippe steht. Wir brauchen definitiv mehr Länder, in denen die FREIEN BAUERN Einfluss nehmen! Wie auch immer der Bundesrat entscheidet: Wir haben uns mit der fachlich falschen Düngeverordnung nicht abgefunden und werden rechtlich dagegen vorgehen. Wie genau, werdet Ihr sehr bald erfahren.

Zwei Themen, die wir aus Platzgründen nur streifen: Mit dem FDP-Fachausschussvorsitzenden Lukas Braun haben wir intensiv unsere Vorstellungen über eine Reform des Milchmarktes erörtert und in der Märkischen Oderzeitung eine Reportage über unseren Mitgliedsbetrieb Krüger aus dem brandenburgischen Trebbus plziert mit der Botschaft „In jeden Milchliefervertrag gehören Menge und Preis“. Mit der sachsen-anhaltinischen Landwirtschaftsministerin Claudia Dalbert und dem Bundestagsabgeordneten Harald Ebner (beide Grüne) haben wir Strategien zur Abwehr der neuen Gentechnik diskutiert, nachdem einzelne Politiker der Grünen inzwischen, angeblich aus Klimaschutzgründen, auf Industriekurs eingeschwenkt sind und sogar der smarte Robert Habeck plötzlich für eine offene Debatte plädiert. Weitere Aktivitäten waren der Einsatz unserer Mitglieder in Brandenburg und Niedersachsen beim bundesweiten Tag der offenen Weide, der erstmals veranstaltet wurde.

FREIE BAUERN fordern Abschuss von Wölfen zugunsten der Weidehaltung

(22.07.20) Die FREIEN BAUERN Brandenburg (Bauernbund Brandenburg) haben auf die steigende Zahl der durch Wölfe getöteten Schafe und Kälber hingewiesen. „Allein im ersten Halbjahr 2020 hatten wir fast genauso viele gemeldete Nutztierrisse wie im ganzen Jahr 2019“, informiert Landessprecher Marco Hintze: „Hinter jedem dieser 332 Tiere steckt ein qualvoller Tod und persönliche Betroffenheit der Schäfer und Bauern, die alles dafür tun, dass ihre Tiere ein gutes Leben auf der Weide haben.“ Die Landesregierung müsse endlich die Konsequenzen ziehen und durch einen rigorosen Abschuss von Wölfen die Voraussetzungen für den Fortbestand der naturnahen artgerechten Weidewirtschaft schaffen, fordert der 48jährige Mutterkuhhalter aus Krielow im Havelland.

So alarmierend die Zahlen bereits für sich genommen seien, würden diese doch nur die halbe Wahrheit widerspiegeln, vermutet Hintze: „Die Dunkelziffer schätze ich viel höher. In der amtlichen Statistik registriert werden ja nur die Verluste derjenigen Berufskollegen, die das aufwändige Antrags- und Entschädigungsverfahren durchlaufen.“ Nach Hintzes Eindruck sei ein Großteil der betroffenen Schäfer und Bauern inzwischen so verzweifelt über die Untätigkeit der Landesregierung, dass überhaupt keine Zusammenarbeit mit staatlichen Stellen mehr stattfinde: „Ich vermute, dass die in den vergangenen Jahren stagnierenden Risszahlen darauf zurückzuführen sind, dass die Landbevölkerung beim Thema Wolf vermehrt zur Selbsthilfe greift.“

Aus umweltpolitischer Sicht sei es untragbar, weiter die Augen vor der Wirklichkeit zu verschließen, argumentiert Hintze: „Der Wolf ist europaweit schon lange nicht mehr vom Aussterben bedroht, wir haben in Brandenburg und in Deutschland inzwischen zu viele Wölfe, die durch Zurückdrängung der Weidewirtschaft dem Naturschutz schaden.“ Die FREIEN BAUERN verlangen daher von der Landesregierung ein Vorgehen wie in Schweden, wo auf der Grundlage des europäischen Naturschutzrechts jährlich der Populationszuwachs zum Abschuss freigegeben werde. Hintze: „Wenn die Jäger in Brandenburg jedes Jahr 100 Wölfe legal erlegen dürften, würde das Raubtier seine Scheu zurückgewinnen und die Probleme wären zumindest entschärft.“

FREIE BAUERN verlangen enge Grenzen für Freiflächensolaranlagen

(25.08.2020) Die FREIEN BAUERN Brandenburg (Bauernbund Brandenburg) haben in einem Schreiben an Landwirtschaftsminister Axel Vogel und Landesplanungsminister Guido Beermann Regelungen zum Schutz landwirtschaftlicher Flächen vor Freiflächensolaranlagen gefordert. „Wir unterstützen grundsätzlich die Energiewende und auch die Nutzung der Sonnenenergie als zentralen Baustein der Energiewende“, schreibt darin Vorstandsmitglied Hans-Jürgen Paulsen, Milchviehhalter aus Zollchow in der Uckermark: „Die notwendige Ausweitung der solaren Kapazitäten sollte jedoch vorrangig auf Dächern, Siedlungs- und Konversionsflächen erfolgen und Acker oder Grünland nur im Ausnahmefall in Anspruch nehmen.“



Als Bedingungen für eine Genehmigung von Freiflächensolaranlagen auf landwirtschaftlichen Flächen formulieren die FREIEN BAUERN, dass es sich um sehr ertragsschwache Böden handeln muss – unter den Bedingungen des brandenburgischen Kontinentalklimas eine Bonität unter 25 Bodenpunkten – dass kein Landwirtschaftsbetrieb in seiner Existenz gefährdet werden darf und dass das Landschaftsbild nicht nachhaltig beeinträchtigt wird. „Anlagen über 75 Hektar sehen wir kritisch, weil sie keine Akzeptanz in der ländlichen Bevölkerung haben“, merkt Paulsen an. Dagegen sollten Kleinanlagen unter 25 Hektar in der Hand lokaler Akteure bevorzugt behandelt werden.

Paulsen räumt ein, dass in der gegenwärtigen schwierigen Situation der Landwirtschaft Freiflächensolaranlagen für den einzelnen Landwirt ökonomisch vorteilhaft sein können. Aus berufsständischer und volkswirtschaftlicher Sicht seien Acker oder Grünland aber viel zu wertvoll dafür, genauso wie für alle anderen Nutzungen, die die heimische Lebensmittelerzeugung immer weiter verringern.

Dank unserer neuen Mitarbeiterin Frieda Simon sind wir nicht mehr nur im Internet präsent, sondern auch in den sozialen Medien. Wer den entsprechenden Zugang hat, kann unsere Berufspolitik jetzt auch auf Facebook oder Twitter verfolgen. Außerdem haben wir neuerdings einen YouTube-Kanal, der in Zukunft noch mit viel mehr Videos gefüllt werden soll. Das Schöne ist: auf diese Weise könnt Ihr unkompliziert unsere Beiträge kommentieren und mit anderen teilen, so dass die FREIEN BAUERN eine größere Reichweite bekommen, im Berufsstand und der Gesellschaft Gehör finden. Also nichts wie los ...

Und hier kommt für alle Internet-Muffel die Kopiervorlage für die Mitgliederwerbung nebenan, gerne per Post an: FREIE BAUERN, z. Hd. Antje Bree, Mehrower Dorfstraße 17, 16356 Ahrensfelde OT Mehrow.

Ja, ich möchte Mitglied der FREIEN BAUERN werden !

Bitte schickt mir einmal jährlich eine Beitragsrechnung der GmbH FREIE BAUERN. Der Beitrag errechnet sich aus einem Grundbeitrag von 50 Euro und einem Flächenbeitrag von 1 Euro pro Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche (maximal 550 Euro). Bei Landwirtschaftsbetrieben wird die Mitgliedschaft erklärt durch den Betriebsleiter. Für den Beitrag dürfen bis zu zwei weitere Personen Mitglied werden (z. B. Hofnachfolger, Ehepartner, Altenteiler). Nicht-Landwirte zahlen nur den Grundbeitrag.

Die Beitragszahlung begründet das Recht, sich im Beitragsjahr "Mitglied der Initiative FREIE BAUERN" zu nennen. Mit der Beitragszahlung erkläre ich mein Einverständnis, Informationen und Einladungen der Initiative FREIE BAUERN zu erhalten. Aus der Beitragszahlung ergeben sich keine weiteren Rechte oder Pflichten innerhalb der Initiative FREIE BAUERN.

Name Betriebsleiter	
Straße, Hausnummer	
Postleitzahl, Ort	
Telefon	
Mobiltelefon	
E-Mail	
Geburtstag	
Fläche in ha	

Evtl. weiteres Mitglied	
Geburtstag	
Mobiltelefon	
E-Mail	

Evtl. weiteres Mitglied	
Geburtstag	
Mobiltelefon	
E-Mail	

Datum, Ort: Unterschrift: